

di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz
www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



In Italien brodel es

Nach dem Sieg der ArbeiterInnen der INNSE geht eine Welle von Arbeitskämpfen durch das Land. Zunehmend wehren sich auch prekär beschäftigte MigrantInnen, die oft am Rande der Legalität oder komplett schwarz arbeiten. Die Ausschreitungen in Rosarno mit der darauf folgenden AusländerInnenhatz

gungen für GLS. Für 280 Arbeitsstunden monatlich werden ihnen 1'000 Euro bezahlt, die Überstunden sind unbezahlt, und um den Fiskus zu umgehen werden Spesen angegeben, die nicht vorhanden sind und auch nicht ausbezahlt werden. Mit diesem unversteuerten Geld werden dann Hunderte noch günstigerer Ar-



Streikende und die Polizei stehen sich gegenüber

ist nur die bekannteste solcher Auseinandersetzungen. Die in Cerro al Lambro ist eine, die im deutschsprachigen Raum weniger bekannt ist.

In Cerro al Lambro ist ein Logistikzentrum der Speditionsfirma GLS. Die ArbeiterInnen arbeiten indirekt über eine Genossenschaft zu miesen Arbeitsbedin-

beitsstunden bezahlt. Die Arbeit ist anstrengend und wird wegen der ständigen Verarsche durch die Chefs und die vielen Stunden auch nicht einfacher. Die ArbeiterInnen kämpfen sich durch, bis es genug ist:

„Eine Nacht in Cerro al Lambro... Geschichten von außergewöhnlichen Kämpfen gegen die Unternehmer, die wollen, dass die Arbeiter »gratis« arbeiten... Vor allem wenn es sich um »keine Italiener« handelt und die Bullen, die sie verprügeln, die Arbeiter natürlich, nicht die Unternehmer...“

(In einer Mail an die Redaktion von „labournet.de“)

Die Schlagstöcke machen ihnen keine Angst mehr.

Die ArbeiterInnen haben, um ihnen zustehendes Geld einzufordern, das Logistikzentrum versperrt. Die Streikposten stehen fast sinnlos da, denn es gibt kei-

(weiter auf Seite 2)

Editorial

Im Editorial der letzten Ausgabe von „di schwarzi chatz“ stand, dass die Welt immer mehr einem Dampfkochtopf gleiche – das gilt auch heute noch. Doch langsam dringen an wenigen Stellen erste zaghafte Sonnenstrahlen durch den Nebel und erste Frühlingsblumen kämpfen sich durch den kalten Boden: Es wird immer häufiger von Kämpfen in Betrieben aller Art berichtet. Interessanterweise lassen sich die Arbeiterinnen und Arbeiter dabei immer seltener von einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaft ruhig halten. Davon zeugen Kämpfe in verschiedenen Ländern.

Angestachelt vom Erfolg der INNSE-ArbeiterInnen letzten Sommer, wird die ArbeiterInnenbewegung in Italien spürbar stärker. Doch auch in der Schweiz ist es am brodeln. Die beim Fribourger Restaurant Molino hinausgeworfenen KöchInnen und Serviceangestellten organisierten sich und fingen an zu protestieren. Auch gegen die Schliessungspläne des Chemiekonzerns Clariant regt sich Widerstand.

Es scheint mittlerweile auch so, als würden sich die radikalen Kräfte in diesem von Sozialpartnerschaft durchdringten Land langsam finden und begreifen, dass praktische Arbeit gefordert ist. Die Protestaktionen von UnterstützerInnen vor den anderen Molinos in Bern, Genf und Zürich und vor der Zürcher Börse gegen den Abbau bei Clariant sind zwei Beispiele dafür.

Im Bildungssektor wird sich in diesen Tagen zeigen, ob es die Studierenden schaffen den Elan, der die Unis erfasst hatte, im neuen Semester neu zu entfachen. In der zweiten Märzwoche will die Bewegung in Wien gegen die Feierlichkeiten zu 10 Jahren Bologna protestieren. Dann werden wir wohl sehen wie lebendig sie noch ist.

Noch drücken nur einzelne Sonnenstrahlen durch. Vertreiben wir also mit dem Motto „Wenn nicht wir's tun, tun's die Nazis“ im Hinterkopf den Nebel – auf dass endlich Frühling werde.

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- Kündigung von Delegierten bei RadioFR.....2
- Entlassen wegen „falscher“ Herkunft3
- Kahlschlag bei Clariant.....3
- Soziale Selbstbefreiung der Ausgebeuteten (Teil 1).....4
- Von Streiks, Bikes und Bars....5
- Kultur.....7
- Rechtliches (Arbeitszeit und Ferien).....8

In Italien brodelt es (von Seite 1)

ne Streikbrecher, die die Arbeit fortführen wollen. Und dann kommt die Polizei und knüpelt auf die ArbeiterInnen ein.



Streikende vor dem Logistikzentrum

„Wir haben nur unser Streikrecht ausgeübt, ein Grundrecht.“ erklärt Fulvio Di Giorgio von der Basisgewerkschaft Slai Cobas, „Vielmehr frage ich mich warum die Polizei, die mit Steuergeldern be-

zahlt wird, nur das Eigentumsrecht und das Recht der BesitzerInnen die LKWs hineinfahren zu lassen, verteidigt und nicht das Recht der Arbeiter auf einen gesetzeskonformen Arbeitsvertrag.“ Für

die Polizei hingegen ist das Ganze eine „unbewilligte Demonstration“. Deshalb haben die Polizisten auch zwei Arbeiter ins Spital geknuppelt und drohen den Anderen mit Strafanzeigen.

Die ArbeiterInnen bleiben kämpferisch.

Durch wiederholte Angriffe hat die Polizei die ArbeiterInnen und UnterstützerInnen (u.a. von der Basisgewerkschaft Slai Cobas) in eine Ecke getrieben und verschiedene von ihnen verletzt, um so den LKWs die Einfahrt ins Logistikzentrum zu erlauben. Hinzugekommen sind die Entlassungsdrohungen an die streikenden ArbeiterInnen, denen die Chefs der Genossenschaft aufs Handy angerufen haben, um sie zu zwingen, hineinzugehen und die LKWs zu entladen.

Doch der Arroganz des Unternehmens ist es nicht gelungen, den Widerstand und die Entschlossenheit der ArbeiterInnen und der anwesenden GenossInnen zu schwächen, die angesichts des erfolgreichen Streiks – nach Abhaltung einer Versammlung – zu vorgerückter Nachtstunde beschlossen haben, die Blockade zu beenden und neue Kampfmassnahmen zu organisieren.

Leider eine Besonderheit des Kampfes in Cerro al Lambro ist, dass bei diesem Kampf im Gegensatz zu dem in Rosarno, „MigrantIn“ und „ItalienerIn“ gemeinsam den mit Schildern und Knüppeln bewaffneten PolizistInnen gegenüber standen.

RadioFr: Kündigung von Delegierten

Als Fritz und Max vor zwei Wochen ihren Entlassungsbescheid bekommen hatten, stand ihnen der Schock tief ins Gesicht geschrieben. Wie aus dem nichts wurde den zwei langjährigen Mitarbeiter von RadioFr gekündigt, weil das Vertrauensverhältnis nicht mehr gewährleistet sei, so der Verwaltungsrat. Das einzige, was sie sich zuschulden kommen liessen, war ihr Einsatz für die Belange der Belegschaft.

Umstrukturierung des Verwaltungsrats

Die ganze Geschichte begann vor etwa 2 Monaten, als der Verwaltungsrat für das Unternehmen RadioFr eine Umstrukturierung vorsah.

Für die MitarbeiterInnen war dies unverständlich, da der Radiosender nicht in finanziellen Schwierigkeiten steckte und die Qualität sowie die Arbeitsbedingungen des Radios verhältnismässig gut waren. Grösstenteils war die Gestaltung des Radioprogrammes den ModeratorInnen überlassen. Die Umstrukturierungspläne stiessen auf Ablehnung und weckten gleichzeitig Ängste bei der Belegschaft, dass z.B. die künstlerische Freiheit der Programmgestaltung der Umstrukturierung zum Opfer fallen könnte.

Forderungen der Belegschaft

Auf Versammlungen diskutierten die Angestellten, was sie diesbezüglich unternehmen könnten. Sogar eine kollektive Kündigung stand eine Zeit lang im Raum. Schlussendlich entschied man sich aber eine Forderungsliste an den Verwaltungsrat zu stellen. So verlangte die Belegschaft, dass sich der Verwaltungsrat zum Umstrukturierungsprozess äussern solle und Mitteilungen an die ArbeiterInnen zweisprachig verfasst werden sollen. Vier Delegierte teilten diese Forderungen dem Verwaltungsrat mit.

Da aber die Forderungen vom Verwaltungsrat ignoriert wurden, entschied sich die Belegschaft an die Öffentlichkeit zu gehen und einen Tag zu streiken, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Den Widerstand brechen

Der Verwaltungsrat meldete sich zwei Tage nach dem Streik mit einer Pressekonferenz, auf welcher er mitteilte, dass er zwei der vier Delegierten auf Anfangs April entlassen werde.

Der Verwaltungsrat soll die beiden gefragt haben, ob sie mit ihrem Umstrukturierungskurs einverstanden seien, was sie natürlich verneinten und hat dies als Bruch des Vertrauensverhältnisses interpretiert. Für die beiden war das ein Schicksalsschlag wie aus dem Nichts. Sogar Tränen seien geflossen. Für einen Familienvater,

dessen Existenz von einem Tag auf den anderen bedroht ist, sehr verständlich.

Dass die beiden nicht wegen finanzieller Schwierigkeiten gefeuert wurden, zeigen zwei Inserate auf der Homepage von RadioFr. Dort werden per Inserat je ein deutschsprachiger und französischsprachiger JournalistIn auf den 1. April gesucht

Die Zukunft steht offen

Fürs Erste haben die schockierten MitarbeiterInnen diesen Angriff von oben geschluckt.

Aber ob sie nun auch die ganze Umstrukturierung widerstandslos über sich ergehen lassen, bleibt offen. Wünschenswert wäre es sicherlich, wenn sich alle (auch Leute ausserhalb des Betriebes) für die beiden Entlassenen stark machen würden, damit sie wieder angestellt werden müssten.

Ein Unternehmen - zwei Sender

RadioFr ist ein Unternehmen, welches zwei Lokalsender beherbergt, die auf dem ganzen Gebiet des Kantons Freiburg empfangen werden können. Dabei wird zwischen Radio Freiburg für den deutschsprachigen und Radio Fribourg für den französischsprachigen Raum des Kantons unterschieden.

Entlassen wegen „falscher“ Herkunft

Stell dir vor du arbeitest seit zehn Jahren im gleichen italienischen Restaurant. Erledigst was gerade anfällt oder wenn du mehr Glück hast, arbeitest du als gelernter Koch oder eventuell sogar als gelernte Köchin. Zehn Jahre lang arbeitest du mit eingezogenem Kopf bringst 120% Leistung, machst Überstunden, die du nicht aufschreibst, denn du bist glücklich als ImmigrantIn überhaupt

In etwa so erging es elf Angestellten des Restaurants Molino in Fribourg.

Das Fribourger Molino gehört zu einer Kette mit insgesamt 17 Filialen in der ganzen Schweiz und gehört der Schweizer Investmentgesellschaft Athris Holding AG (ehemalige Jelmoli AG). Die Leitung von Molino AG hat bereits vor etwas über einem Jahr entschieden, nur noch Personal mit italienischer

guten Geschmack, sondern vor allem gegen jegliche Regeln, Überzeugungen und Gesetze die ethnische Diskriminierung verurteilen.

Die in einer solch diskriminierenden Weise Entlassenen aus Fribourg haben nun aber nicht einfach nur die Hand im Sack zur Faust geballt, sondern haben sich zu einem Kollektiv zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Molino vorgehen zu können. Diese Selbstorganisation fand übrigens statt, nachdem sich die Fribourger Unia Sektion geweigert hatte, sich diesem Fall anzunehmen. Am 12. Februar fand nun eine erste Aktion dieses Kollektivs statt. Um 12.00 Uhr wurden vor den Molino-Restaurants in Fribourg, Bern, Genf und Zürich von den Entlassenen und zahlreichen UnterstützerInnen Flugblätter verteilt, welche die Politik der Molino AG kritisierten. In Bern holte der enterverte Geschäftsleiter sogar die Polizei, die aber die Aktion nicht unterbinden konnte. Geholfen hat dem Molino die Polizeipräsenz sowieso nichts: Vor dem Erscheinen der Polizei gingen die Leute das Flugblatt lesend immerhin hinein, doch mit drei Uniformierten am Eingang trauten sich die Leute gar nicht mehr rein... Während der Aktion in Bern wurde in Erfahrung gebracht, dass in Bern auch Leute aufgrund ihrer Herkunft entlassen wurden. Die Zahl der Entlassenen ist allerdings noch unklar.



Das Berner Restaurant Molino am Waisenhausplatz

eine Stelle zu haben. Für deine Kündigung kannst du nichts dafür und es ist auch nicht etwa so, dass die Entlassungen geschehen weil es dem Betrieb schlecht ginge. Denn von deinen italienischstämmigen KollegInnen wird niemand entlassen und die Lücke, die dein Fortgang hinterlässt wird mit frisch aus Italien rekrutierten ArbeiterInnen gefüllt.

Nationalität anzustellen. Wohl damit die in der Schweiz sich befindenden Restaurants mit italienischem Thema etwas authentischer wirken. Die Auswahl ihrer Angestellten aufgrund der italienischen Nationalität wird von der Molino AG auch öffentlich propagiert. Damit verstösst die Geschäftsleitung, wohl durchaus wissentlich, nicht nur gegen den

Die Proteste gegen das Molino werden nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe sicher noch weiter gehen – frei nach dem in Fribourg während der Aktion kreierten Spruch „Molino facho, employé(e)s faché(e)s!“.

Kahlschlag bei Clariant - Unia schaut zu

400 Arbeitsplätze will Clariant in Muttenz abbauen – dies ist eine der grössten Massenentlassungen der letzten Jahre. Laut dem Clariant-CEO Kottmann lohne sich die Produktion in der Schweiz nicht mehr. Man habe die Entwicklungen der letzten Jahre verschlafen und müsse nun mit den anderen Chemie-Multis gleichziehen, die alle schon in Asien seien. Das repetierten alle Medien, die sich irgendwie für den massiven Arbeitsplatzabbau interessierten - und die Gewerkschaft Unia. Doch etwas erwähnten die wenigsten: Die Produktion in Europa scheint sich doch noch zu lohnen, denn Kottmann will nur einen Teil der Produktion von Muttenz nach China verlagern - der andere Teil geht nach Spanien.

Es geht also weniger um „nicht rentabel“ als um „weniger rentabel.“ Das heisst, dass die Clariant-Geschäftsführung und die AktionärInnen in der Krisenzeit mal eben schlappe

500 Haushalten in Existenznöte bringen, um ihre Profite zu steigern. Und was tut die Unia? Sie schaut zu.

An vier Betriebsversammlungen machten die ArbeiterInnen mehr als deutlich, dass sie dies nicht hinnehmen wollen und dass sie sich zur Wehr setzen wollen. Die Unia-FunktionärInnen haben aber mit den Betriebsversammlungen nur zahnlose Massnahmen beschlossen: einen runden Tisch mit Kottmann, Sozialpläne (also „erträgliche Entlassungen“) und eine Arbeitsplatzgarantie für die restlichen 100 Arbeitsplätze. Um dem ganzen einen kämpferischen Anstrich zu geben, wurde noch beschlossen, dass die Arbeitenden „Mit Kampfmassnahmen (...) ihren Forderungen Nachdruck verleihen [wollen], gegenüber Clariant genauso wie gegenüber Behörden, Politik und Öffentlichkeit.“

Und das sieht so aus: Als UnterstützerInnen (u.a. von der FAU) den Zugang der Zürcher

Börse blockierten und den Glaspalast mit Eisen bewarf, distanzierte sich die Unia eiligst.



Werte ArbeiterInnen von Muttenz: Lasst euch nicht wie Borregard-Attisholz einfach abwickeln! Macht es wie die INNSE-ArbeiterInnen, denn:

Nur wer kämpft kann gewinnen!

Soziale Selbstbefreiung der Ausgebeuteten

Einige Anmerkungen der Gruppe Eiszeit zu autoritärer Krisenlösung und Klassenkampf - Teil 1

Die Berichte in den Medien seit dem September 2008 vermitteln das Gefühl, dass die sogenannte Finanzkrise den Kapitalismus genauso überraschend getroffen hat, wie die Schweinegrippe die im Kapitalismus lebenden Menschen. Entsprechend den Versuchen, die Schweinegrippe durch Medikamente und das Separieren der Erkrankten in den Griff zu bekommen, versuchen die Politikerinnen und Politiker durch das Verschreiben hoher Dosen an Regulation und keynesianistischer Massnahmen, sowie der Isolation, also Auslagerung fauler Aktien und Kredite, die vorherrschende Krise zu stoppen. Bei beidem gilt: Eine Lösung ist nicht in Sicht, also wird einfach Symptombekämpfung betrieben. Natürlich probiert sich jeder Staat selbst zu retten und auf dem Weltmarkt tummeln sich viele konkurrierende Nationalökonomien, welche die Ideologie der nationalen Einheit pflegen und hegen. Die dabei aufkommende Angst vor neuen staatskapitalistischen Massnahmen, wie es das letzte Mal New Deal, Stalinismus und Faschismus waren, hat somit durchaus ihre Berechtigung.

Zu welchen Mitteln der Staat alles greifen wird, um die Krise zu überwinden, ist aber schwer einzuschätzen. Zentral ist deshalb vorerst nachzuvollziehen, wie die latente Krise des Kapitalismus das Kapital in die Finanzmärkte getrieben hat. Ausserdem lohnt sich auch ein Blick auf die historischen Formationen des Kapitalismus und die dazugehörige spezifische Formen hegemonialer Vermittlung von Ökonomie und Politik.

Die bürgerliche Politik von Links bis Rechts anerkennt zum heutigen Zeitpunkt keynesianistische Massnahmen als erste Sofortmassnahme an. Und im Stadium der Sofortmassnahmen befinden wir uns nach wie vor. Die bürgerlichen Politiker und Politikerinnen verhalten sich, als hätten sie aus ihrem historischen Gedächtnis gestrichen, dass das Kapital sich aufgrund stetig ansteigender Staatsverschuldung und einer starken Arbeiterklasse, die erfolgreiche Klassenkämpfe führte, Ende der siebziger Jahre in das Finanzkapital retten musste und dadurch die Ära des Neoliberalismus eingeläutet wurde. Milliarden werden nun vom Staat in den Markt eingeschossen, um einen totalen Crash zu vermeiden. Dadurch versucht der Staat, was er sowohl im Keynesanismus als auch im Neoliberalismus tat, nämlich die immanenten Schranken des Kapitalismus

in die Zukunft zu verschieben.

Eine Krisenbewältigung wie es den Vertretern und Vertreterinnen des Kapitalismus vorschwebt, ist nicht für das Wohle der Arbeiter und Arbeiterinnen gedacht, sondern dient der erneuten Kapitalakkumulation bis zur nächsten Krise. Wer zur Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse gehört, wird sowohl in den so genannten guten Zeiten des Kapitalismus, als auch in den schlechten Zeiten, sein Leben mit Arbeiten verbringen, für einen Lohn, der allzu oft gerade einmal für die Reproduktion der eigenen Arbeitskraft ausreicht, und in nächster Zukunft wohl im allgemeinen auf einem deutlich tieferen Niveau. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden vom Kapital auf eine Zukunft des Wohlstands vertröstet, die etwa gleich gewissen kommen wird, wie die paradiesischen Jenseitsvorstellungen verschiedener Religionen eintreffen werden.



Jim Avignon: capitalism

Die doppelte Krise des Kapitals und ihre Lösungsversuche

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist, ganz im Gegensatz zu den anfänglichen Prognosen bürgerlicher Wirtschaftsexperten und den verzweifelten Regulierungsversuchen des Staates, immer noch unbeeindruckt am weitertoben. Zwar konnte der Abwärtsstrudel der Weltwirtschaft durch staatliche Intervention und Regulierung etwas abgefedert werden, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Public Private Investment Funds in den USA, jedoch hat dies höchstens zur Verlangsamung der Krisenentwicklung und möglicher-

weise zur Abdämpfung der für das Kapital prekärsten Auswirkungen geführt. Trotz der offensichtlichen Ohnmacht und Planlosigkeit des Staates gegenüber der wütenden Wirtschaftskrise und den durch die Krise offensichtlich gewordenen Widersprüchen des Kapitals, wird weiterhin von allen Seiten nach mehr staatlicher Regulierung gerufen. Überall werden Rettungspakete geschnürt, der Staat pumpt Milliarden in die Wirtschaft. Doch eine tatsächliche Krisenlösung ist nicht in Sicht.

Dabei steckt der Kapitalismus sogar in einer doppelten Krise: Einerseits in der Anfang der siebziger Jahre entstandenen latenten Überakkumulationskrise des Kapitals, welche sich stufenweise entwickelte und die Einzelkapitale immer mehr in die Finanzanlagen drängte und schlussendlich zur Finanzkrise im Jahre 2008 geführt hat. Und andererseits in einer - mit der ökonomischen Krise direkt verknüpften - ideologischen Krise. Während der Neoliberalismus bis vor kurzem noch als Segen für die Wirtschaft schöngeredet wurde, hört man heute plötzlich von allen Seiten Forderungen nach vermehrter staatlicher Regulierung der ausser Kontrolle geratenen Märkte. Durch massive staatliche Eingriffe in den stockenden Akkumulationsprozess und den Versuch des Staates, die sinkende Nachfrage antizyklisch wieder anzukurbeln, erlebt der Keynesianismus im weitesten Sinne eine Renaissance. Besonders der bei linken und gewerkschaftlichen Kreisen anzutreffende Linkskeynesianismus erlebt einen Aufschwung. Der Rückgriff auf keynesianische Krisenmodelle ist daher ein zentrales Moment der heutigen Versuche die Krise zu lösen. Die Bourgeoisie dreht ihre eigene widersprüchliche Ideologie um hundertachtzig Grad herum und findet sich wieder am Ausgangspunkt der nie gelösten Krise des Fordismus. Verzweifelt durch die intuitive Einsicht, dass die Spekulation auf die Zukunft und die Flucht in die Finanzmärkte - was bezeichnend für den Neoliberalismus seit den siebziger Jahren ist - nur eine Verschiebung des Verwertungsproblems waren, greift die Bourgeoisie nun auf alten ideologischen Kaffee zurück. Doch so, wie die Flucht in die Finanzanlagen nur eine kurzfristige Verschiebung der Krise des Fordismus war, so beisst sich die Bourgeoisie mit der Rückkehr zu keynesianistischen Massnahmen lediglich wieder in den eigenen

Schwanz. Denn weder der Neoliberalismus noch der Keynesianismus eröffnen dem Kapital in der aktuellen Situation neue Verwertungsperspektiven: Mit der Spekulation auf zukünftigen Mehrwert konnten die Widersprüche des Kapitals kurzfristig umgangen werden, diese Option zerfällt jedoch, sobald reale Investitionsmöglichkeiten zur Mehrwertproduktion fehlen. Die zweite Variante scheitert an der Tatsache, dass der Staat sich entweder massiv verschulden muss oder sich vom Mehrwert aus den (noch) profitablen Zweigen der Privatwirtschaft bedienen muss. Insofern steckt nicht nur die Weltwirtschaft in der Klemme, sondern auch der ideelle Gesamtkapitalist in seiner Handlungsfähigkeit, etwas daran zu ändern. Eine Krisenlösung ist weder durch „Selbstheilungskräfte des Marktes“ noch durch massive Regulierungsversuche des Staates in Sicht.

Der autoritäre Charakter des Kapitalismus als Normalzustand

Da der Staat des Kapitals weder durch eine Ausdehnung der unprofitablen Produktion (wie z.B. im Rüstungskeynesianismus) noch durch die Ausgaben staatlicher Gelder die sinkende Rentabilität des

privaten Kapitals kompensieren kann, ist das Gesamtkapital gezwungen die kapitalistische Ausbeutung zu intensivieren. Dies findet insbesondere durch die Ausdehnung des relativen Mehrwerts (Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft) und in Krisenzeiten wieder vermehrt durch die Ausdehnung des absoluten Mehrwerts (Verlängerung der Mehrarbeit) in den noch profitablen Zweigen des privaten Kapitals statt. Um die immensen staatlichen Ausgaben nicht auf dem profitablen Teil des privaten Kapitals abwälzen zu müssen, werden die Kosten auf die Arbeiterklasse übertragen. Auf Grund der fallenden Profitrate versuchen die Einzelkapitale den Verlust durch einen Preisaufschlag wettzumachen. „Steigen die Preise schneller als die Löhne, so vermehrt sich der Profit auf Kosten des Arbeitslohns; ein grösserer Teil des gesellschaftlichen Produkts fällt den Kapitalisten zu, ein kleinerer den Arbeitern. Ist der Unterschied gross genug, so kann ein grosser Teil der Kosten der erhöhten Besteuerung auf die Arbeiter abgewälzt werden“¹. Dieser Prozess ist darüber hinaus nicht nur als

¹ Paul Mattick, Die Gemischte Ökonomie und ihre Grenzen, 1971 <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/mattick/1971/06/grenzen.htm>

ökonomische Gesetzmässigkeit in der Krise zu verstehen, sondern als allgemeine Tendenz der kapitalistischen Klassengesellschaft. Sowohl in Krisenzeiten als auch in Prosperitätszeiten verliert die Arbeiterklasse in diesem Spiel, da auch im Normalzustand des Kapitalismus die Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft die Quelle des Mehrwerts bildet. Insofern besitzt der Kapitalismus als Klassenverhältnis in allen historischen Phasen und Entwicklungsstufen, sowohl in Krisenzeiten als auch in Zeiten des Aufschwungs, ob in faschistischer und demokratischer Form, einen autoritären Charakter. Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zum Zwecke der Kapitalverwertung ist ein autoritäres gesellschaftliches Verhältnis, das sich in Krisenzeiten zwar verschärft, aber nicht erst dann entsteht. Die Ausdehnung des relativen- und absoluten Mehrwerts und ganz im Allgemeinen die Verschärfung der Ausbeutung wird heute zum Beispiel auf ähnliche Weise unter dem Schutz demokratischer Legitimation durchgesetzt wie dies nach der Krise 1929 auf faschistische Weise durchgesetzt wurde.

Der zweite Teil erscheint in der Mai-Ausgabe

Von Streiks, Bikes und Bars

Geschichte der FAU Bern - Teil 2

In der letzten di schwarzi chatz Ausgabe berichteten wir über die Entstehung der FAU Bern und ihre Aktivitäten bis ungefähr Ende 2007. Von der Zeit danach berichtet dieser Artikel.

Schon lange wurde in der FAU überlegt, wie das Internet als Werkzeug genutzt werden könnte. Es entstand die Idee, eine Art wikipedia für Probleme an der Arbeit und Erfahrungen und Tipps für den Widerstand zu entwerfen. Im Frühjahr 2008 ging dieses Projekt unter dem Namen laborpedia online. Das Projekt beschreibt sich so:

„Mit laborpedia wollen wir eine Möglichkeit schaffen, dass Leute, die kämpfen wollen, sich unabhängig von Gewerkschaften organisieren können und nicht auf deren Funktionäre und Infrastruktur angewiesen sind. laborpedia soll Selbstvertrauen schöpfen, auf die eigene Stärke zu bauen und ein Ort sein, an dem solche Erfahrungen weitergegeben werden.“

Ein solches Angebot wird aber erst interessant, sobald genügend Material darauf ist. Wir stellten also ein paar Geschichten und Erfahrungen von uns selbst, oder von denen

wir gehört hatten, online. Darunter befindet sich auch ein Bericht eines Konflikts um den Menüpreis in einer grossen Betriebskantine in der Berner Agglomeration. Die dort von der Firmenleitung durchgesetzte Erhöhung des Menüpreises kam bei der Belegschaft sehr schlecht an, worauf sich ein paar mutige Angestellte organisierten und aus Protest am Mittag auf dem Parkplatz eine eigene „Kantine“ aufmachten. Dort gab es z.B. Paella für 5.- pro Teller. Dieses Angebot wurde so gut genutzt, dass die offizielle Kantine leer stand und das Management sich gezwungen sah, die Preiserhöhung rückgängig zu machen.

Wir stellten auch ein komplettes Buch online, das wir von den HerausgeberInnen freundlicherweise zur Verfügung gestellt bekommen haben. Das auf Interviews basierende Buch heisst Sabotage. ArbeiterInnen aus den USA erzählen und gibt viele lebendige Beispiele dessen, was Leute gegen den täglichen Anschiss auf der Arbeit so alles unternehmen. Da sich nach einiger Zeit aber niemand mehr bemühte, das Projekt weiterzutreiben, blieb es eine offene Baustelle. Trotzdem besitzt das Projekt ein grosses Potential und es wäre schön, wenn sich Leute finden würden, die es weiterverfolgen. Die Adresse lautet: <http://laborpedia.immerda.ch>.

Im Sommer 2008 trug die FAU Bern zu einer Aktion mit internationalem Hintergrund bei: ArbeiterInnen des Kaffeehaus-Multis Starbucks hatten sich in der Basisgewerkschaft IWW in den USA und in Spanien in der CNT organisiert, um gegen die prekären Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Starbucks antwortete darauf mit der gezielten Entlassung der aktiven Angestellten. Deshalb wurde im Juli 2008 zu einem globalen Aktionstag gegen Starbucks aufgerufen. Das Resultat war beeindruckend: in rund 20 Ländern wurde vor Starbucks-Filialen gegen die gewerkschaftsfeindliche Praxis des Konzerns protestiert. In Bern hatten wir vorher mehrere Male kleine Handzettel an die Belegschaften der zwei Starbucks verteilt, mit denen wir sie über den Aktionstag informierten und für Rückmeldungen unsere Kontaktadressen angaben. Darauf meldete sich tatsächlich jemand, der an der Arbeit bei Starbucks Bern folgende Punkte kritisierte: kein regelmässiges Durchführen von obligatorischen Lohngesprächen, Nachhause schicken und nicht bezahlen von Angestellten „wenn nicht viel läuft“, teilweise Arbeit auf Abruf. Diese Informationen wurden von uns in unser Flugblatt eingebaut, dass wir am Aktionstag beim Starbucks am Waisenhausplatz zu hunderten verteilten. Da

wir dazu auch eigenen zapatistischen Eiskaffee ausgaben – gratis oder gegen Spende – gelang es uns, viele Leute vom Besuch des Starbucks abzuhalten. Aus der Aktion resultierten auch viele gute Diskussionen. Zudem wurden von einer weiteren Gruppe auch bei

der obersten Kategorie (zu der die meisten Aktiven gehörten) 2.- mehr Lohn bekamen, während für alle anderen die Zeit, die sie zu arbeiten haben, bis sie eine Lohnkategorie aufsteigen, verdoppelt wurde. Die Spaltung zwischen „Kernbelegschaft“ und Temporär-

grössten polnischen Tageszeitungen, einen guten Bericht über die Aktion und ihre Hintergründe veröffentlicht hat. Um besser mit unserem Umfeld von FreundInnen und SympathisantInnen vernetzt zu sein, führten wir im Frühjahr 2009 die Passivmitgliedschaft



Transparent der FAU Bern an der Gewerkschaftsdemo gegen Krise und Kapital am 12.09.09

ein, richteten ein Newsletter-Dienst ein und begannen, die Direkte Aktion – die Zeitung der FAU Deutschland – im Abo zu vertreiben. Bald darauf brachten wir die erste Ausgabe unserer eigenen Zeitung „di schwarzi chatz“ heraus, die seither alle zwei Monate erscheint.

Die aktuellsten Dinge seien hier nur kurz erwähnt: Wir haben im Herbst 2009 zwei kleine Demonstrationen für sechs in Serbien zu Unrecht inhaftierte soziale AktivistInnen („Belgrade 6“) und am 20. Februar dieses Jahres eine Flugblattaktion gegen das Gewerkschaftsverbot der FAU Berlin durchgeführt. Dazu sind Mitglieder von uns am Internetforum chefdu-

der Filiale am Hirschengraben Flugblätter verteilt. Leider ist aus der Aktion kein längerfristiger Kontakt zur Starbucks-Belegschaft oder anderen Interessierten entstanden.

Im Herbst 2008 wurden wir in einem Arbeitskonflikt in einem Call Center in der Region Bern verwickelt. Dort hatten sich Angestellte unabhängig organisiert, um mit einer Petition bessere Bedingungen einzufordern. Die Firma betreibt auch in einer anderen Stadt ein Call Center, und wir wurden von der Angestelltengruppe angefragt, die Petition dort zu verbreiten (damit die aktiven ArbeiterInnen sich nicht selbst exponieren mussten). Ein paar Mitglieder der FAU Bern gingen also an einem Abend zu dem auswärtigen Betrieb und hielten den Leuten die Petition unter die Nase. Diese reagierten sehr interessiert und nahmen Petitionsbögen mit rein, so dass schlussendlich fast die ganze Schicht unterschrieben hat. Im Gespräch fanden wir heraus, dass diese Angestellten sogar noch 2.- weniger pro Stunde verdienten als die Leute im Raum Bern. Nachdem die Petition von einem beträchtlichen Teil der Belegschaft unterzeichnet war, wurde sie abgeschickt. Das Management reagierte aber lange Zeit nicht darauf und die aktiven Angestellten fürchteten zunehmend Repressalien. Ende 2008 meldete das Management dann, die Forderungen nach der Jahresabrechnung zu „prüfen“. Es endete damit, dass die Leute

ren, die seit Jahren überall benutzt wird um Löhne und Arbeitsbedingungen zu drücken, hat also wieder einmal funktioniert – und die Firma hat dabei wahrscheinlich noch Gewinn gemacht. Aus dem hoffnungsvollen Kampf wurde also eine völlige Niederlage. Es gäbe noch viel zu diesem Thema zu sagen – auch zu dem, was nachher noch in dem Betrieb gelaufen ist – doch wir müssen aus Platzgründen hier aufhören.

Nachdem die globale Krise definitiv über die Welt hereinbrach und das Thema „Wirtschaftskrise“ in aller Munde war, beteiligten sich FAU-Mitglieder an einem Bündnis aus politischen Gruppen und Einzelpersonen, das um den Jahreswechsel 2008/2009 unter dem Namen Stop the game! eine Informationskampagne und eine Demonstration zur kapitalistischen Krise durchführte.

Anfang 2009 führte die FAU Bern vor dem Nestlé-Hauptsitz in Vevey eine Protestaktion durch. Dazu waren wir von Leuten unserer Schwestergewerkschaft ZSP aus Polen angefragt worden. Sie waren von Jacek Kotula, einem Gewerkschaftsaktivisten bei einer Nestlé-Tochterfirma in Polen um Unterstützung gebeten worden, weil dieser wegen seiner Gewerkschaftstätigkeit von Nestlé entlassen sowie im Privaten terrorisiert wurde und ihn seine eigene Gewerkschaft Solidarność fallen gelassen hatte. Schön war, dass Rzeczpospolita („Republik“, eine der

zen.ch beteiligt. Und wir planen für 2010 eine Kampagne zur Sensibilisierung von Lehrlingen.

Zum Schluss sollen noch ein paar Worte der Selbstkritik gewidmet sein. Am meisten ins Auge sticht, dass wir all die Jahre hindurch nicht wirklich mehr Mitglieder geworden sind. Die FAU Bern hat zwar immer wieder neue Mitglieder dazugewonnen, aber genauso andere verloren, die in andere politische Organisationen wechselten oder sich ganz aus der politischen Aktivität zurückgezogen haben. Dies hängt unbestreitbar mit den internen Dynamiken und informellen Hierarchien zusammen, die sich in der FAU Bern ergaben und die teilweise für Verärgerung und böses Blut sorgten. Dazu kommt, dass einige ihre knappe Freizeit lieber mit ihren Hobbys verbringen, schliesslich ist es klar, wie schwierig – es ist, einem Land wie der Schweiz auf so etwas wie ein selbstorganisiertes und kämpferisches ArbeiterInnen-Millieu hinzuarbeiten. Wir haben aber ein gutes Verhältnis zu unseren Ex-Mitgliedern und können, wenn uns mal ein grösserer coup gelingt, mit ihrer Unterstützung rechnen – und umgekehrt. Mit der Krise treten die sozialen Widersprüche offen zu Tage und das Terrain wird vielleicht fruchtbarer für unsere Ansätze. Wir sind gespannt, was die Zukunft bringt.

Bist du sicher, dass du kein neues Handy brauchst? Die Strahlung des alten Telefons könnte dir nämlich ernsthaften Schaden zufügen - und das möchten wir ja beide nicht. Oder Jimmy?

Arbeiten im Callcenter

Drei Stunden sitz' ich schon
Vor dem schmutzigen Telefon
Ich soll Menschen zu Themen befragen
Und die wissen nicht, was zu sagen

Ich klebe bald am Schalensitz fest
Da sich das Fenster nicht öffnen lässt
Und wenn die Tastatur weiter macht was sie will
Schlage ich mit ihr das Telefon still

Ist nicht das Gesprochene bequem
Sondern der Besetztton angenehm
Verstehe ich kein Wort
Andersrum bläst es das Gehör fort

Man arbeitet, ackert und wird krank
Und was ist der Dank?
Lohn? Entschädigung von wegen!
Du gibst Zeit und sie nehmen dein Leben

von: Niedzwiedz

Das Leben leben

Ich will unendlich viel sehen
Und immer wieder vor Staunen vergehen
Ganze Kontinente durchmessen
Ohne je ein Stückchen zu vergessen

Ich will möglichst viel erleben
Und mir Zeit für mich geben
Staunend Sternendächer betrachten
Doch die taghelle Stadt nicht verachten

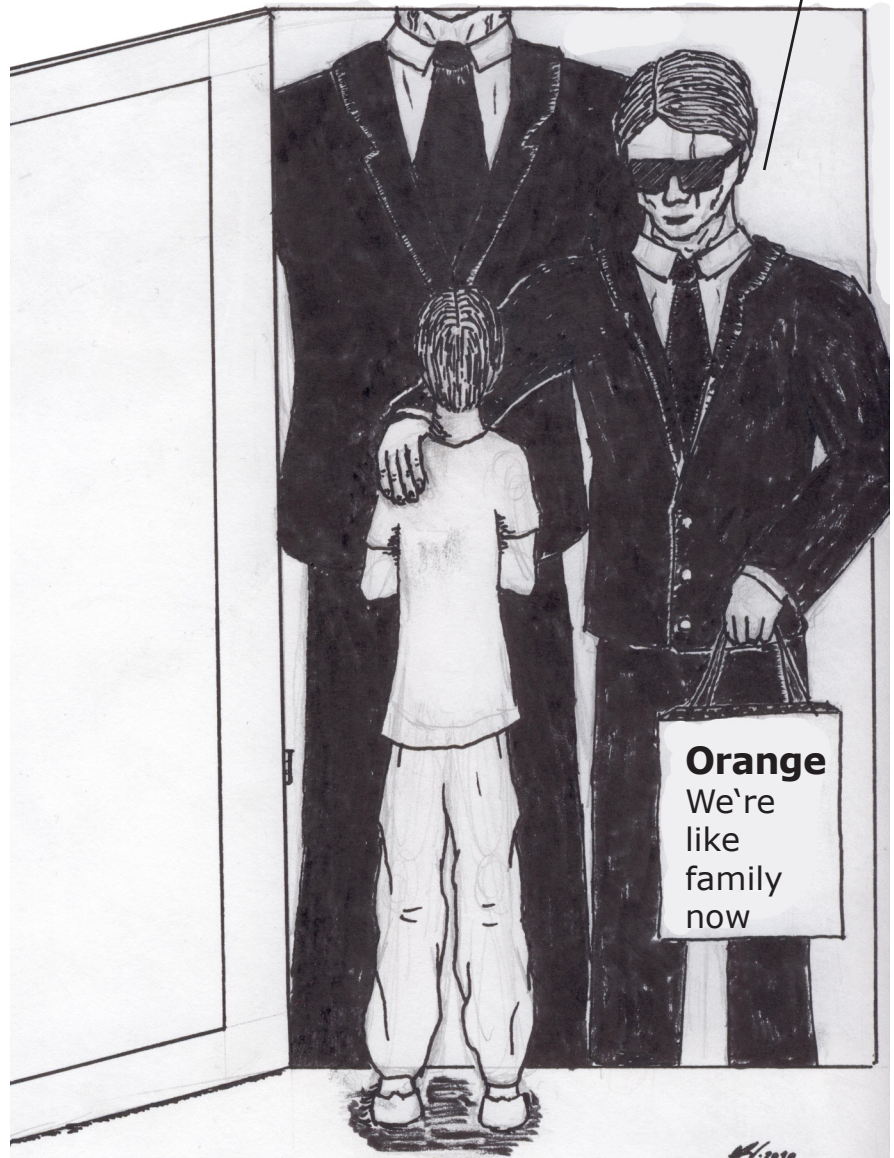
Ich will die Welt in tiefen Zügen inhalieren
Der Duft von Lebenslust und vom Krepieren
Der Duft von Blumen im hohen Gras
Und die wütende Aggression von Tränengas

Die ganze Spannweite von tiefem Schmerz
Zum mit Leichtigkeit erzählten Scherz
Die Leichtigkeit des Scheins
Und die bittere Härte des Seins

Ich will das angenehmste Bequeme
Und das mühsamste Unangenehme
Mädchen mit feinstem Geruch
Und Betten mit fauligem Leinentuch

Ich will nicht auf ein Paradies hoffen
Ich will das Leben leben

von: Niedzwiedz



Solange

Solange der SVPebrillte dümmlich grinst
Solange die Bank ordentlich zinst
Solange die Cervelat kaufbar ist
Solange jemand die Flagge hisst

Solange nicht das falsche Grün gewinnt
Solange die Hymne harmonisch klingt
Solange um halb acht der Fernseher sendet
Solange der Lack des eigenen Autos blendet

Solange die Autos brausen
Solange der Kanake draussen
Trübt immer noch kein Wölkchen
Das Glück des Alpen-Herrenvölkchen

von: Niedzwiedz

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unverantwortliches abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch)

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf schon bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

Über uns...

Das Ziel der AnarchosyndikalistInnen ist eine ausbeutungsfreie, herrschaftslose und auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft.

Wir denken, dass es unmöglich ist, unsere Interessen mit StellvertreterInnen-Politik, wie sie zum Beispiel von Parteien, Kirchen und reformistischen Gewerkschaften betrieben wird, durchzusetzen. Daher lehnen wir die Vertretung unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da es in solchen Organisationen immer ein Machtgefälle zwischen „einfachen“ Mitgliedern und der Zentrale gibt. Uns schwebt viel mehr eine lokal verankerte Gewerkschaft ohne FunktionärInnen vor, die allen, die ihre Dienste nötig haben, Hilfe zur Selbsthilfe bietet.

Um unsere Ziele durchzusetzen, dienen uns die Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Streiks, Besetzungen, Boykotte, etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit ab.

Das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem zieht seine Macht aus der Kontrolle über die Produktionsmittel und aus der tagtäglichen Ausbeutung der Arbeitenden. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus an seiner Wurzel. Damit die Kämpfe Erfolg haben können, müssen sie aber mit Kämpfen in anderen gesellschaftlichen Bereichen verknüpft werden.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an: info@faubern.ch.

Kommentare und Ähnliches, was die Zeitung betrifft an: zeitung@faubern.ch.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.



Arbeitszeit

Wöchentliche Arbeitszeit

Die Höchstarbeitszeit beträgt gemäss ArG (Arbeitsgesetz) je nach Branche 45 oder 50 Stunden. Die meisten GAV (Gesamtarbeitsverträge) sehen tiefere Arbeitszeiten (40 bis 41 Stunden) vor.

Tages-, Abend- und Nachtarbeit

Die Arbeit zwischen 6 und 20 Uhr gilt als Tagesarbeit, die von 20 bis 23 Uhr als Abendarbeit. Betriebe können Abendarbeit ohne Bewilligung einführen. Für Abendarbeit muss kein Zuschlag bezahlt werden. Für Nachtarbeit, also von 23/24 Uhr bis 5/6 Uhr braucht der Betrieb eine Bewilligung. Vorübergehende Nachtarbeit muss mit einem Zuschlag von 25% entschädigt werden. Regelmässige Nachtarbeit muss mit 10% Zeitkompensation ausgeglichen werden (mit Ausnahmen). Für NachtarbeiterInnen gibt es Schutzregelungen zu medizinischer Beratung, Arbeitsweg, Verpflegung, Kinderbetreuung, etc.

Pausen

Wenn der Arbeitsplatz während den Pausen nicht verlassen werden darf, gilt die Pause als Arbeitszeit. Das ArG legt die gesetzlichen Mindestansprüche fest:

Mehr als 5 ½ h Arbeitszeit	15 Minuten
Mehr als 7 h Arbeitszeit	30 Minuten
Mehr als 9 h Arbeitszeit	60 Minuten

Das ArG regelt auch in welcher maximalen Zeitspanne die tägliche Arbeitszeit inkl. Pausen und Überzeit liegen darf, sowie welche Ruhezeiten zwischen den Einsätzen eingehalten werden müssen.

Überstunden/Überzeit

Um Überstunden handelt es sich, wenn mehr als das abgemachte Pensum gearbeitet wird. Überzeit ist das Überschreiten der Höchstarbeitszeit (je nach Branche 45 bis 50 Stunden).

Wenn spezielle Ereignisse es nötig machen, kann der Betrieb Überstunden/Überzeit anordnen, soweit diese für Sie „zumutbar“ sind. Regelmässige Überstunden/Überzeit sind nicht erlaubt. Wenn Sie die Überstunden nicht durch Freizeit kompensieren und wenn nichts anderes schriftlich

festgelegt ist, müssen die Überstunden mit einem Lohnzuschlag von 25% entschädigt werden. Bei Überzeit ist – im Unterschied zu Überstunden – keine vertragliche Abweichung von dieser gesetzlichen Regelung möglich.

Achtung: Viele Betriebe drücken sich um das Auszahlen von Überstunden und Überstundenzuschlägen. Besonders betroffen sind Teilzeitarbeitende. Schreiben Sie Ihre Überstunden auf und lassen Sie diese Aufstellung jeden Monat vom Betrieb einsehen.

Ferien

Das Gesetz schreibt im Minimum 4 Wochen Ferien vor (5 Wochen für bis 20-jährige). Ab 3. Monat Abwesenheit wegen Unfall, Krankheit oder Schwangerschaft hat der/die ArbeitgeberIn das Recht, den Ferienanspruch um 1/12 pro vollständig abwesenden Monat zu reduzieren. Wird ein Arbeitsvertrag beendet und es bestehen noch nicht eingelöste Ferienansprüche, so müssen diese ausbezahlt werden.

Ferien bei Stundenlohn: Jede geleistete Arbeitsstunde gibt Recht auf einen Ferienanspruch. Normalerweise muss der Ferienlohn dann bezahlt werden, wenn die Ferien bezogen werden. Wer sehr unregelmässig arbeitet und im Stundenlohn bezahlt wird, kann das Feriengeld zusätzlich zum Brutto-Stundenlohn beziehen:

8.33% bei 4 Wochen Ferienanspruch
10.64% bei 5 Wochen Ferienanspruch

Voraussetzung dafür ist ein schriftlicher Vertrag und eine Lohnabrechnung, auf welcher der Ferienanspruch separat ausgewiesen wird.



abonnieren?

Schreib ein Mail an:
zeitung@faubern.ch

Kontakt

FAU Bern
www.faubern.ch
info@faubern.ch

FAU Zürich
www.fauzuerich.ch
info@fauzuerich.ch

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch